
Information über die Lage im Vorfeld der Kommunalwahlen von 1989 in Dresden

Im Vorfeld der Kommunalwahlen im Mai 1989 brachten immer mehr DDR-Bürgerinnen und -Bürger ihren Unmut über die SED-Herrschaft und das Wahlsystem zum Ausdruck. Die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Dresden äußerte sich im März 1989 zur aktuellen Lage und den gestellten Forderungen.

Am 7. Mai 1989 waren die Bürgerinnen und Bürger der DDR aufgerufen, anlässlich der Kommunalwahlen den Kandidaten der Nationalen Front ihre Stimme zu geben. Wie immer stand nur diese eine Liste zur Auswahl. Mit "Ja" zu stimmen, bedeutete, den Stimmzettel zu falten und in die Wahlurne einzuwerfen. Für ein "Nein" musste jeder einzelne Kandidat in den obligatorisch aufgebauten Wahlkabinen sauber waagerecht durchgestrichen werden. Andere Kenntlichmachungen führten zu einer ungültigen Stimmenabgabe. Im Volksmund wurden die Wahlen daher auch als "Zettelfalten" bezeichnet.

Schon bei den vorangegangenen Volkskammerwahlen waren über westliche Medien Vorwürfe der Wahlfälschung öffentlich geworden. Anfang 1989 riefen verschiedene Gruppen von Oppositionellen zum Wahlboykott auf, forderten freie Wahlen und die Beobachtung der Stimmenausschüttung. Letztere war nach § 37 (1) des DDR-Wahlgesetzes öffentlich und auch nach der Verfassung der DDR nicht verboten.

In der gesamten DDR war es im Vorfeld der Wahlen zu verschiedenen "Vorkommnissen" gekommen, wobei die Stasi regionale Schwerpunkte ausmachte. Zu den meisten Vorfällen kam es in der Hauptstadt Berlin, den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Dresden, Leipzig, Halle und Magdeburg. Die Art und Weise der "Vorkommnisse" glich sich dabei: Es gingen bei den Wahlkommissionen und Amtsträgern zum Teil anonyme Schreiben und Anrufe ein, zahlreiche "Hetzlosungen" und "Hetzettel" wurden verbreitet.

Ziel der offenen Kritik waren das Wahlsystem und die Missstände in der DDR. Der Stasi war dabei durchaus bewusst, dass derartige Proteste nur die Spitze des Eisbergs waren. Unter der Oberfläche wurden zahlreiche weniger deutlich artikulierte "Wahlvorbehalte" sichtbar, die beispielsweise in Form der Verweigerung der Annahme der Wahlbenachrichtigungen oder der Ankündigung der Wahlverweigerung zum Ausdruck kamen. Die Stasi beobachtete daher sehr genau die Stimmung im Vorfeld der Wahlen und versuchte mit Hilfe von Inoffiziellen Mitarbeitern den Ursachen der "Wahlvorbehalte" auf den Grund zu gehen.

In einem Dokument vom 8. März 1989, zwei Monate vor der Wahl, informiert die Staatssicherheit in Dresden über ihre Bemühungen, "die staatliche Sicherheit im Bezirk Dresden durch die rechtzeitige Aufklärung und vorbeugende Verhinderung feindlicher Pläne und Absichten zu gewährleisten". Das elfseitige Dokument erwähnt verschiedene Forderungen kirchlicher Kreise und anderer Gruppierungen, wie den Wunsch nach Wahlbeobachtung. In der Anlage der Information befinden sich Abschriften von abgefangenen Briefen.

Signatur: BArch, MfS, BV Dresden, AKG, PI, ZMA, Nr. 86/89, Bl. 1-11

Metadaten

Dienst Einheit: Bezirksverwaltung
Dresden

Datum: 8.3.1989
Rechte: BStU

Information über die Lage im Vorfeld der Kommunalwahlen von 1989 in Dresden

BSU
000001

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Bezirksverwaltung Dresden

Genossen ⁸⁶Modrow/Nyffenegger/Witteck

Streng vertraulich!
Um Rückgabe wird gebeten!

Nr. 55/89

Rat des Bezirkes Dresden
* * 13. MRZ 1989 * *
Sekretariat des Vorsitzenden

Dresden 8. 3. 1989

Blatt

Exemplar

14. März 1989 *fl. Für den 2. K.*
2. Hm. p. b. G. *RT H. B.*

INFORMATION
über

die Lageentwicklung in Vorbereitung der Kommunalwahlen am 7. 5. 1989 - Stand 7. 3. 1989

i. v. [Signature]

Signatur: BArch, MfS, BV Dresden, AKG, PI, ZMA, Nr. 86/89, Bl. 1-11

Blatt 1

Information über die Lage im Vorfeld der Kommunalwahlen von 1989 in Dresden

| |
|----------------|
| BStU 000002 |
|----------------|

2

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit richtete ihre Anstrengungen in Vorbereitung und Durchführung der Volkswahlen am 7. 5. 1989 darauf, unter Beachtung der Veranstaltungen zum 1. und 8. Mai 1989 die staatliche Sicherheit im Bezirk Dresden durch die rechtzeitige Aufklärung und vorbeugende Verhinderung feindlicher Pläne und Absichten zu gewährleisten.

Bisher kam es im Vorfeld der Wahlen im Bezirk zu folgenden strafrechtlich-relevanten Vorkommnissen:

- In der zweiten Hälfte des Monats Februar 1989 wurde im VEB Kraftverkehr Pirna/Toilettenanlage Steingebäude mittels Kugelschreiber bzw. Bleistift angebrachter Hetzlosungen zum Wahlboykott aufgerufen.

Im Ergebnis zielgerichteter Maßnahmen wurde das Vorkommnis durch die Kreisdienststelle für Staatssicherheit Pirna kurzfristig geklärt und gegen den Täter (Betriebshandwerker 23) ein Ermittlungsverfahren mit Haft gemäß § 220 StGB durch die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Dresden eingeleitet. (siehe Information vom 2. 3. 1989)

- Im Februar 1989 wurden am Haltepunkt Weixdorf der Deutschen Reichsbahn Zettel mit der Aufschrift "Weg mit dem roten Staat! Wir wollen Demokratie, wählt keine Roten!" angebracht.

Auch dieser Täter, bei dem es sich um einen Antragsteller auf ständige Ausreise handelt, der als Telegramm- und Eilzusteller bei der Deutschen Post (25) tätig ist, wurde kurzfristig ermittelt und gegen ihn durch die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Dresden Ermittlungsverfahren mit Haft gemäß § 220 StGB eingeleitet. Als Motiv für seine Handlung gab er an, entsprechend seiner feindlichen Einstellung zur DDR damit seinen Antrag auf ständige Ausreise durchsetzen zu wollen. (siehe Information vom 27. 1. 89)

- Am 24. Januar 1989 wurden im Stadtbezirk Dresden-Mitte drei Hetzzettel in Hausbriefkästen sowie Briefkästen öffentlicher Einrichtungen gefunden, in denen u. a. die Volkswahlen als Betrug bezeichnet und "freie und geheime Wahlen" gefordert wurden.

An der Aufklärung des Täters wird durch die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Dresden noch gearbeitet.

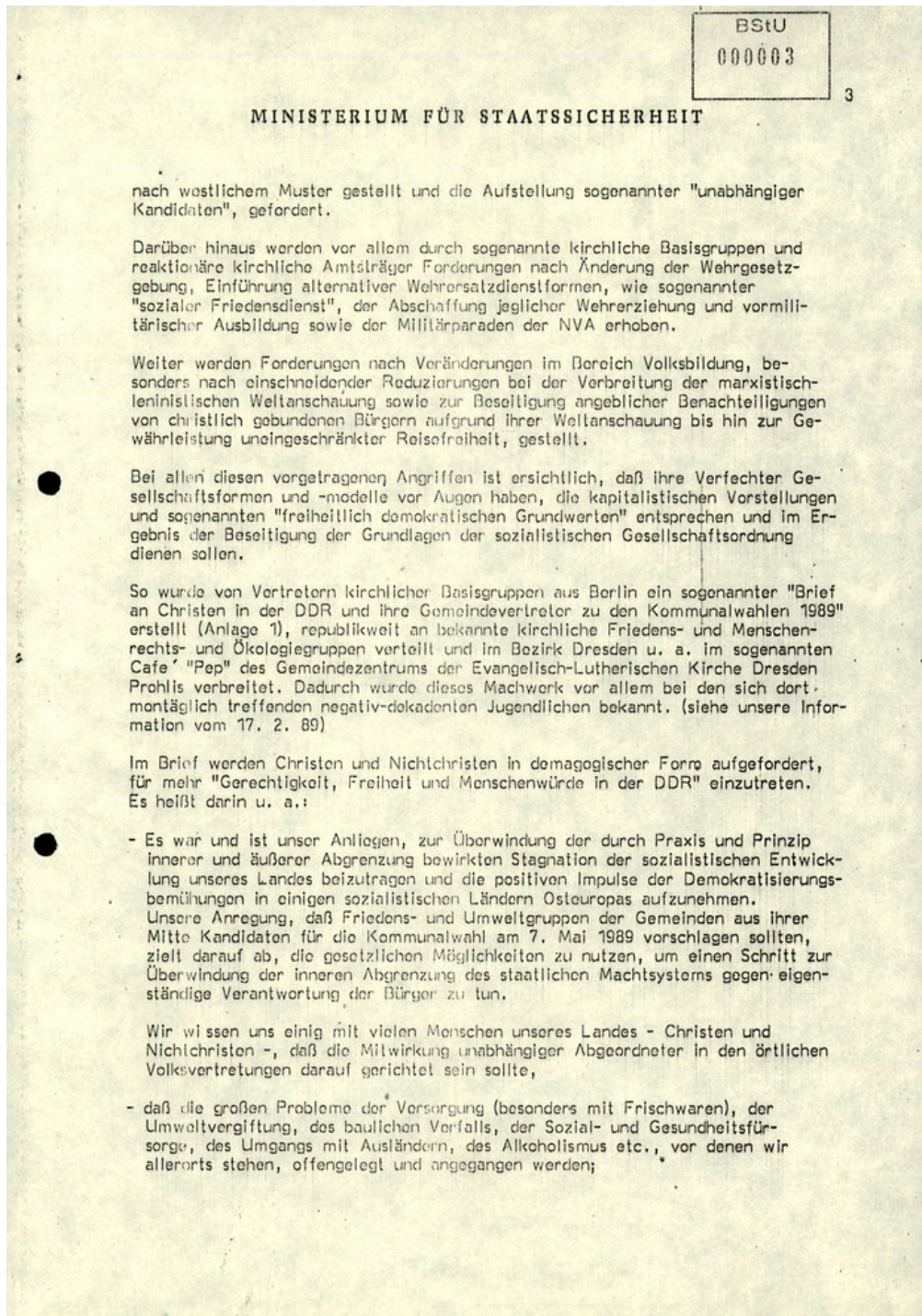
Darüber hinaus wurden Hinweise erarbeitet, daß unter dem Einfluß, vor allem der westlichen Massenmedien, negativ-feindliche Kräfte aus sogenannten Friedens- und Ökologiekreisen und unter den Antragstellern auf ständige Ausreise in Vorbereitung und Durchführung der Volkswahlen Angriffe planen, organisieren und durchführen.

Besonders unter Bezug auf den Umgestaltungsprozeß in der Sowjetunion und ähnliche Entwicklungen in Bruderländern werden Forderungen unter Mißbrauch solcher Begriffe, wie "Glasnost", "Perestrojka" oder "Neues Denken" nach Veränderungen in der Innenpolitik des sozialistischen Staates, einschließlich Änderungen des Wahlsystems, der Übernahme sogenannter "freiheitlicher-demokratischer Wahlen"

Signatur: BArch, MfS, BV Dresden, AKG, PI, ZMA, Nr. 86/89, Bl. 1-11

Blatt 2

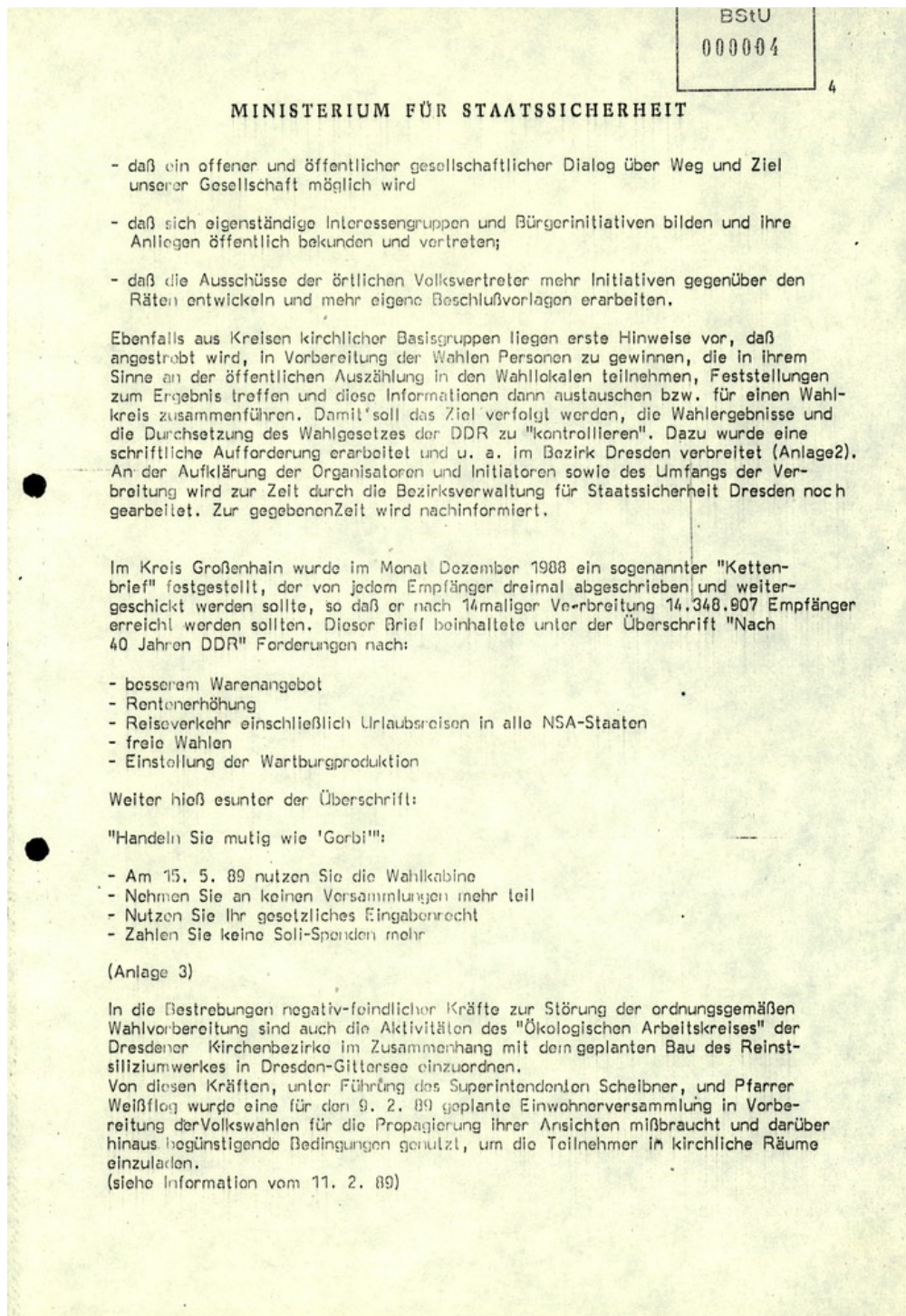
Information über die Lage im Vorfeld der Kommunalwahlen von 1989 in Dresden



Signatur: BArch, MfS, BV Dresden, AKG, PI, ZMA, Nr. 86/89, Bl. 1-11

Blatt 3

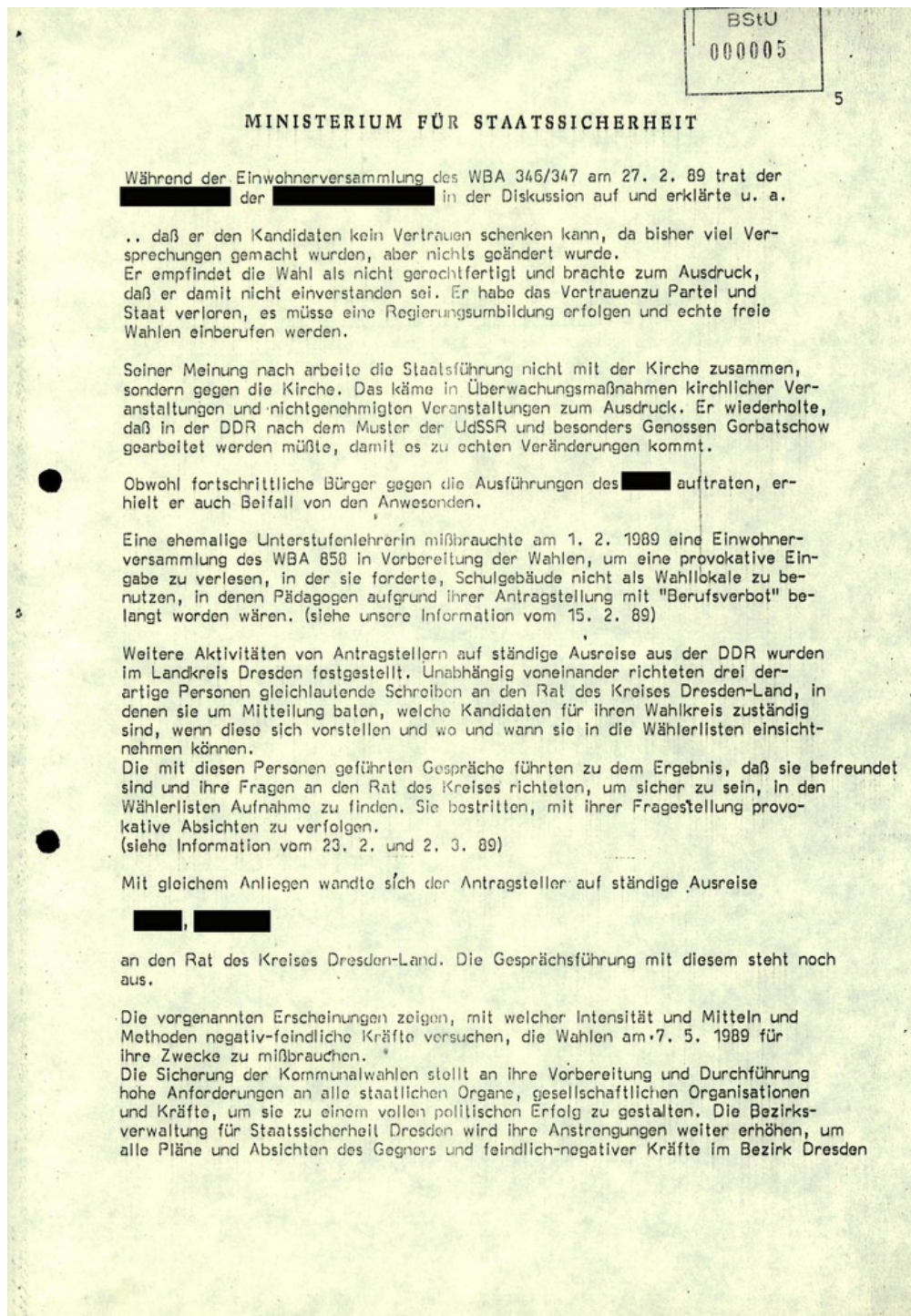
Information über die Lage im Vorfeld der Kommunalwahlen von 1989 in Dresden



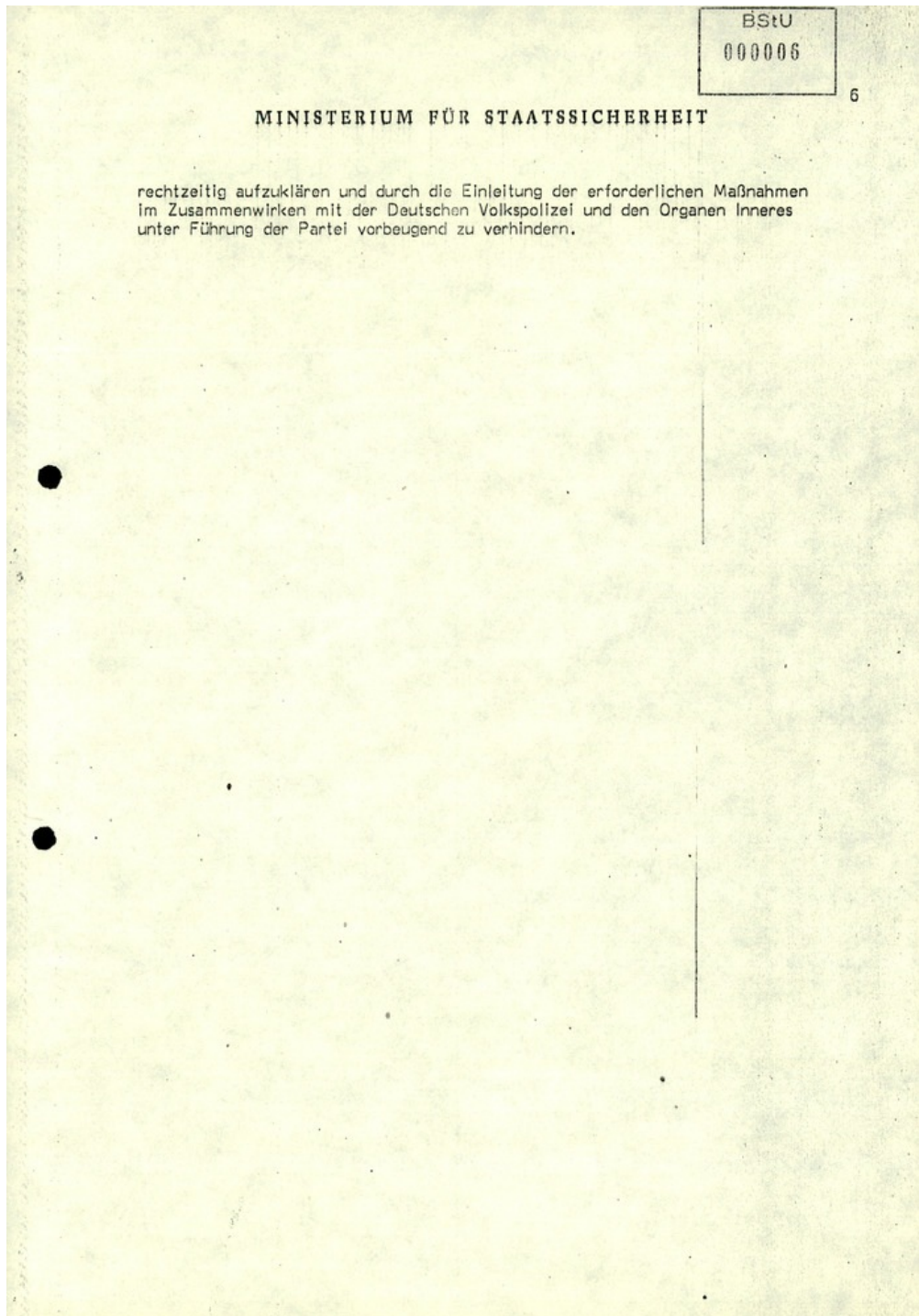
Signatur: BArch, MfS, BV Dresden, AKG, PI, ZMA, Nr. 86/89, Bl. 1-11

Blatt 4

Information über die Lage im Vorfeld der Kommunalwahlen von 1989 in Dresden



Information über die Lage im Vorfeld der Kommunalwahlen von 1989 in Dresden



Signatur: BArch, MfS, BV Dresden, AKG, PI, ZMA, Nr. 86/89, Bl. 1-11

Blatt 6

Information über die Lage im Vorfeld der Kommunalwahlen von 1989 in Dresden

Anlage 7 Ein Brief an Christen in der DDR und ihre Gemeindevertreter zu den Kommunalwahlen 1989

BSU
000007

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Pfingsten 1988 stellten wir in unserem Brief "Neues Handeln" Überlegungen vor, die sich uns als Konsequenz aus dem Synodalantrag "Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung" ergaben. Es war und ist unser Anliegen, zur Überwindung der durch Praxis und Prinzip innerer und äußerer Abgrenzung bewirkten Stagnation der sozialistischen Entwicklung unseres Landes beizutragen und die positiven Impulse der Demokratisierungsbemühungen in einigen sozialistischen Ländern Osteuropas aufzunehmen. Unsere Anregung, daß Friedens- und Umweltgruppen der Gemeinden aus ihrer Mitte Kandidaten für die Kommunalwahl am 7. Mai 1989 vorschlagen sollten, zielt darauf ab, die gesetzlichen Möglichkeiten zu nutzen, um einen Schritt zur Überwindung der inneren Abgrenzung des staatlichen Machtsystems gegen eigenständige Verantwortung der Bürger zu tun.

Wir wissen uns einig mit vielen Menschen unseres Landes - Christen und Nichtchristen -, daß die Mitwirkung unabhängiger Abgeordneter in den örtlichen Volksvertretungen darauf gerichtet sein sollte,

- daß die großen Probleme der Versorgung (besonders mit Frischwaren), der Umweltvergiftung, des baulichen Verfalls, der Sozial- und Gesundheitsfürsorge, des Umgangs mit Ausländern, des Alkoholismus etc., vor denen wir allerorts stehen, offengelegt und angegangen werden;
- daß Fälle von Behördenwillkür, Korruption und Begünstigung aufgedeckt und verfolgt werden;
- daß ein offener und öffentlicher gesellschaftlicher Dialog über Weg und Ziel unserer Gesellschaft möglich wird;
- daß sich eigenständige Interessengruppen und Bürgerinitiativen bilden und ihre Anliegen öffentlich bekunden und vertreten;
- daß die Ausschüsse der örtlichen Volksvertreter mehr Initiativen gegenüber den Räten entwickeln und mehr eigene Beschlüßvorlagen erarbeiten.

In seiner Rede auf der 7. Tagung des ZK der SED forderte Erich Honecker den VKSK, den DTSB und die Freiwillige Feuerwehr auf, sich mit eigenen Kandidatenvorschlägen an die Mandatsträger, d. h. die Parteien, den FDGB, die PDJ den DFD, den Kulturbund, den Konsum oder die VdgB zu wenden (MD vom 2. 12. 88). Sollte

Signatur: BArch, MfS, BV Dresden, AKG, PI, ZMA, Nr. 86/89, Bl. 1-11

Blatt 7

Information über die Lage im Vorfeld der Kommunalwahlen von 1989 in Dresden

nicht, was für Kleingärtner, Sportler und Feuerwehrleute gilt,
auch für Friedens- und Umweltgruppen gelten?
Was ist zu tun?
Noch im Januar sollten sich diejenigen, die zur Kandidatur bereit
sind, beim örtlich zuständigen Gemeinde-, Stadt oder Stadtbezirks-
rat eine Bescheinigung über ihre Wahlbarkeit gemäß § 15 des Wahl-
gesetzes (GBl. I Nr. 22 1976) einholen. Unmittelbar nach dem Wahlauf-
ruf der Nationalen Front am 26. 1. 1989 sollten sich die interes-
sierten Gruppen mit ihrem Kandidatenvorschlag an einen der o. g.
Mandatsträger wenden und ihn begründen. Zwischen dem 8. 2. und dem
8. 3. erfolgt die Prüfung der Kandidaten. Wichtig ist dann die
Teilnahme an öffentlichen Tagungen der Ortsausschüsse der Nationalen
Front, bei denen gemäß § 18 des Wahlgesetzes die Kandidaten vorge-
stellt und über ihre Reihenfolge entschieden werden soll. Sie
sollen zwischen dem 9. und 20. 3. stattfinden. Zu beachten sind
auch die Hinweise, die in der Rede von Werner Kirchhoff auf dem
7. Plenum des ZK der SED (ND vom 5.12.88) über die Wahlvorberei-
tungen gegeben wurden.
Jeder Wähler, auch wenn er nicht an der Aufstellung zusätz-
licher Kandidaten teilnimmt, sollte sich über das Wahlgesetz infor-
mieren und über seine Reformwürdigkeit nachdenken sowie Wahl-
veranstaltungen besuchen.
Lassen Sie uns gemeinsam an der uns mit vielen Nichtchristen ver-
bindenden Hoffnung auf mehr Gerechtigkeit, Freiheit und Mensch-
würde in der DDR festhalten. Indem wir wider alle Resignation
für diese Hoffnung aktiv eintreten, stärken wir die Bemühungen
unserer Mitbürger um Verantwortung und Emanzipation.
Berlin, den 8. Januar 1989
Initiativgruppe "Absatz an Praxis und Prinzip der Abgrenzung"
Michael Bartoszek Stephan Bleckhardt Martin Böttger
Heinz-Josef Durschewitz Wolfgang Apfeld Rainer Flüge
Ludwig Mehlhorn Rainer Roepke Wolfgang Ullmann
Für den Friedenskreis der Bartholomäus-Gemeinde:
Hans-Jürgen Fischbeck Sibylle Gläser Reinhard Lampe
René Maltusch Anna Witte
Für den Friedensratskreis der Golgotha-Gemeinde:
Peter Hilsberg Birgit Körner Rainer Körner
Reiner Rühle Volker Schumann
Für die Projektgruppe Ökologie - Menschenrechte der Arche
Berlin-Brandenburg:
Claus Brennhahl Sieglinda Hieko Caterina Hartung
Norbert Burezyk

Information über die Lage im Vorfeld der Kommunalwahlen von 1989 in Dresden

Anlage 2

BSU
000009

Lieber Anhalter

Die Wahl am 7. 5. 89 rückt näher, die Kandidaten sind aufgestellt, die Wahlkreise in den Lokalzeitungen veröffentlicht. Wollen wir etwas in diesem Staat bewegen, müssen wir unsere Freiräume nutzen. Deshalb - nehmt nicht nur an den Wählerversammlungen teil und prüft die Kandidaten auf Herz und Nieren, ob sie Euch vertreten können, sondern nutzt die Möglichkeit der Kontrolle der Wahlergebnisse.

Nach § 37 des Wahlgesetzes vom 24.6.1976 ist die Auszählung öffentlich. Dazu muß mensch kurz vor 18.00 Uhr am Wahllokal sein. Günstig ist, wenn mensch das Wahlgesetz mithat, da es nicht im Wahllokal ausliegt. (veröffentlicht im Gesetzblatt oder dem Heft "Recht in unserer Zeit - Warum, was und wie wir wählen" Nr. 21) Ihr müßt nicht in "Kurem:" Wahllokal auszählen.

Was ist zu notieren?

- Nummer des Wahllokales und Wahlkreises, Ort
- Anzahl der Wahlberechtigten
- Anzahl der abgegebenen Stimmen
- Anzahl der Ja/Nein/ungültigen Stimmen
- Bemerkung: Was wurde als Nein/ungültig gewertet?

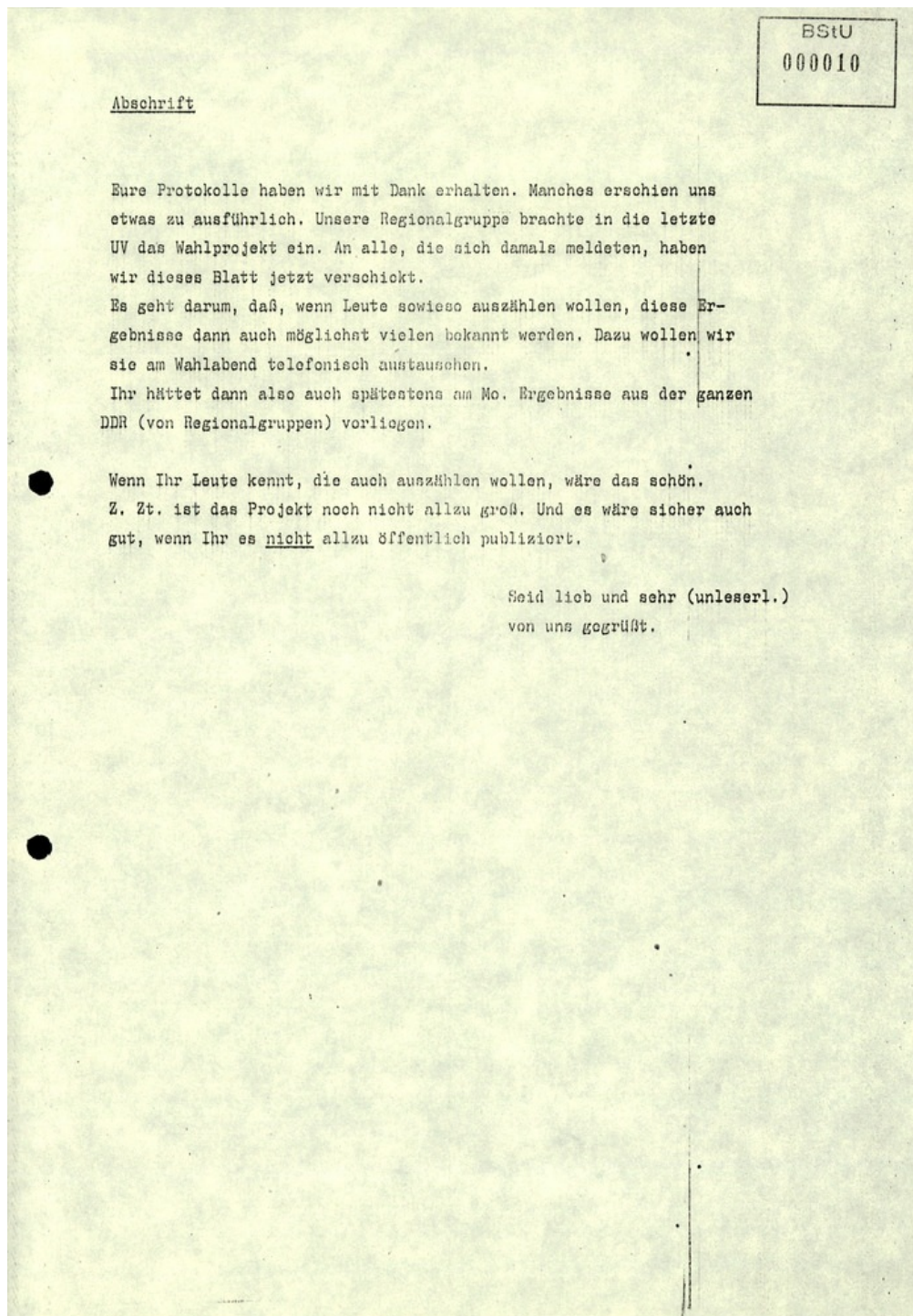
Sonstige

Zu einem Wahlkreis gehören mehrere Wahlbezirke mit je einem -lokal. Gut wäre, möglichst einen Kreis vollständig auszuzählen, da diese Ergebnisse veröffentlicht werden und so direkt vergleichbar sind. Einzelergebnisse sind freilich auch sehr interessant. Wie vereinbart würden wir abends die Ergebnisse austauschen, so daß jeder alle Ergebnisse der anderen Orte kennt. Die Telefonnummern dazu sprechen wir zur Vollversammlung (30.4.) ab. Wer die Wahl hat, hat die Qual.

Signatur: BArch, MfS, BV Dresden, AKG, PI, ZMA, Nr. 86/89, Bl. 1-11

Blatt 9

Information über die Lage im Vorfeld der Kommunalwahlen von 1989 in Dresden



Signatur: BArch, MfS, BV Dresden, AKG, PI, ZMA, Nr. 86/89, Bl. 1-11

Blatt 10

Information über die Lage im Vorfeld der Kommunalwahlen von 1989 in Dresden

Genossen

geboren am / in [REDACTED]
 wohnhaft [REDACTED]
 Tätigkeit Kraftfahrer [REDACTED]
 Arbeitsstelle [REDACTED]

1 Exemplar eines an ihn gerichteten "Kettenbriefes" mit feindlich negativem Inhalt übergeben. Der Brief ist am 7. April 1989 in einem Fensterhain abgestempelt und wurde mit falscher Hausnummer in einem Fensterbriefumschlag zum Versand gebracht. Er ist im Durchschreibeverfahren handschriftlich angefertigt worden und hat nachfolgenden Text:

Mut und Tat

Nach 40 Jahren DDR fordern wir:

- Ein ständiges Angebot aller Waren ohne "Schlangengeld", wie in der GDR
- Die Rentenerhöhung nicht am 1.11.89 sondern ab 1.5.89
- Ungehinderter Reiseverkehr in die BRD und Ferienreisen auch in kapitalistische Länder
- Freie Wahlen mit Kandidatenauswahl
- Einstellung der Produktion des "Millionen-Wartburgs"

Nehmen Sie diese Kette nicht abweisen!
 Schicken Sie innerhalb von 3 Tage diese Gedanken 3 mal an Ihnen bekannte Personen, dann erreichen wir bis zum 15.5.89, dem Wahlsonntag, alle wahlberechtigten DDR-Bürger.

Handeln Sie mutig wie "Gorbis":

- Am 15.5.89 nutzen Sie die Wahlkabine für Ihre Entscheidung
- Nehmen Sie an keinen Versammlungen und Kundgebungen mehr teil
- Nutzen Sie Ihr gesetzliches Mängelrecht und lassen Sie sich nicht bevormunden und entmündigen
- Zahlen Sie keine "Holl- Spenden" mehr. Die Jahresendprämie schickt Ihnen.
- Helfen Sie mit unser Leben zu entkalken. Die Zeit ist reif!

3
9
27
81
243
729
2187
6561
19.683
59.049
531.441
1.594.323
4.782.969
14.348.907

VD-1.2-21

BStU
000011

Signatur: BArch, MfS, BV Dresden, AKG, PI, ZMA, Nr. 86/89, Bl. 1-11